

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Oldenburgische Volkszeitung 1919**

168 (24.7.1919) [laut Vorlage Nr.167 (24.7.1919)]

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83871](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83871)

# Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Vorgetagene Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4,62 Mark, zweimonatlich 2,50 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,08 Mark; einmonatlich 1,40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1,54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Rücklagezeit 1,00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets jenseitig zu empfangen. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Telefonationsrecht aus.

Die Halle von höherer Gewalt, Strafe, Sperre, Aufhebung, Aufhebung, Verurteilung in anderen eigenen Verträgen oder denen anderer Dienstverträge haben der Besteller und Interzess keine Ansprüche, falls die Sitzung verpasst, in bestimmten Umfang aber nicht erloschen.

Dr. 167, Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. Precht a, Donnerstag, 24. Juli 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Althornstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

## Deutsche Nationalversammlung.

Am 22. Juli. Die zweite Beratung der Verfassung wird mit dem Artikel 18 territorialer Gliederung des Reiches fortgesetzt.

Nach dem Kompromißantrag Loebe (Soz.) Trimborn (Zentr.) Heine (Dem.) bedürfen Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder und der Bestätigung durch Reichsgesetz. Der Kompromißantrag will ferner in die Verfassungsbestimmungen einen neuen Artikel 164 aufnehmen, nach dem die Bestimmungen des Artikel 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst nach zwei Jahren nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder im Reichsrat) berufen.

Abg. Solimann (Soz.): Wir stimmen dem Kompromißantrag zu. Ich glaube ohne Widerspruch feststellen zu können, daß alle Vertreter der Rheinlande einig sind in der Auffassung, daß jetzt irgend welche Versuche, die Rheinlande zu vereinen, nicht vorgenommen werden dürfen.

Abg. Dr. Kaas (Zentrum): Wir verzichten auf die Wiederbelebung der Gegenstände, die in der Verfassung vorgesehen sind, weil wir in dem Kompromißantrag den Vorbehalt einer künftigen Verständigung gefunden zu haben glauben. Berechtigten Wünschen nach Neubildungen muß der Weg offen bleiben, ebenso nachdrücklich sind aber wilde Staatenbildungen zu verhindern. Die Bewegung nach Selbstständigkeit der Rheinlande ist da. In der Rheinischen Frage muß die Schwere der Rheinlande der preussischen Regierung annehmbar aufheben.

Abg. Frick (Zentrum): Ich bin Gegner der Rheinischen Republik und beurteile die Bewegung unter meinen Landsleuten wesentlich anders, als das zumelnt geschieht. Ich glaube, daß es sich bei der Selbstständigkeitsbewegung im Grunde um eine heutzutage Nationalgefühl handelt, das aber irregeleitet worden ist.

Abg. Philipp (Deutsch-natl.): Das Rheinland, das einst nur ein Sammelrisum geistlicher und weltlicher Herrschaften war, dankt Preußen seine politische Einheit. Bis zuletzt werden wir den preussischen Staat als ein Ganzes verteidigen.

Preussischer Minister Seine: Preußen ist weit entfernt von jedem preussischen Partikularismus. Das Preußen, das wir aufbauen wollen, ist nicht das alte, und wenn wir Preußen stark erhalten wollen, so tun wir es, um es stark und freitig zu machen für die Aufgaben des Reiches. Preußen ist nicht abgetrennt, im Interesse der Reichseinheitlichkeit auch preussische Gebietsbesitzungen. Es verhandelt darüber bereit mit dem Freistaat Hamburg und mit den übrigen Staaten. Wir können im Augenblick auf einem Boden, den ein Erbes erblickt hat. In den letzten Jahren soll er sich einmal sehen, und dann können wir überlegen, ob wir an eine Veränderung der Grenzen herantreten wollen.

Abg. Heine (Deutsche Volksp.): Ich sehe als Sache der preussischen Volkspartei oberste gegenüber, aber gerade deshalb bedauere ich um so tiefer die Abneigung, die sich vielfach gegen Preußen geltend gemacht hat. Wenn man den preussischen Staat vernichtet, trifft man Deutschland ins Herz und macht einen Wiederaufbau des Reiches unmöglich.

Hessischer Justizminister Brentano (D): Gemessen: Der Abg. Dr. Philipp ist gänzlich unorientiert über die Verhältnisse im Süden, wo es keine Partei ist, sondern es ist für die Wäpfe der Norddeutschen charakteristisch. Uns gegenüber wird man direkt feindselig. Der Nordmet wird schließlich durch lebhafteste Schritte aus allen Teilen des Hauses unterbreitet.

Abg. Dr. Haas (L. S.): Das Kompromißgesetz zeigt eine faule Entschickung. Die Entwicklung geht auf den Einheitsstaat hinaus.

Ein Schlußantrag Grotzer (Zentrum) Loebe (Soz.) Blut (Dem.) wird mit großer Mehrheit angenommen. Infolgedessen erklärt eine große Anzahl Abgeordneter ihr Bedauern darüber, daß sie nicht mehr zum Wort gekommen sind.

Mit geringen Änderungen wird der Kompromißantrag Loebe-Trimborn-Heine zum Artikel 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmentzählungen angenommen.

Die Artikel 62, 64 und 164 werden im wesentlichen in der Ausschlußfassung angenommen. In der gestern ausgelesenen Abstimmung über Artikel 162 (Rücktritt) wird zur Zeit der Antrag Debus, daß in den Wirtschaftskreisen nicht die wichtigsten, sondern alle wichtigsten Berufsgruppen vertreten sein sollen, angenommen. Der

Artikel 162 wird in der Ausschlußfassung genehmigt.

Zu Artikel 152 (Wohnung) wird in der gleichfalls gestern ausgelesenen namentlichen Abstimmung der Antrag Auer (Soz.) auf Aufhebung der privaten Regale und Nutzungsrechte mit 132 gegen 118 Stimmen angenommen.

Darauf tritt eine Pause von 1.30-4 Uhr ein. Dann wird die Beratung bei dem Abschnitt Leberungs- und Schlußbestimmungen fortgesetzt.

Artikel 174 bestimmt, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland registriert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Je ein Antrag Arnstadt (Deutsch-natl.) und Heine (Deutsche Volksp.) wollen die Bestimmungen streichen. Ein Antrag Frau Agnes (L. S.) will, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland registriert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Abg. Götter (Zentr.): Wertwändig, daß in der freien Verfassung die Freiheit der Wahl in einem wichtigen Punkte durchbrochen wird durch eine solche Ausnahmebestimmung.

Abg. Philipp (Deutsch-natl.): Es ist ein Übel, in eine freie Verfassung eine Ausnahmebestimmung zu bringen, das außerdem ganz nutzlos ist.

Abg. Dr. A. H. (Deutsche Volksp.): Nur hoch über mich haben eine solche Bestimmung diktiert; beide sind aber keine vernünftigen Motive für die Befestigung. Die deutschen Fürsten haben sich der Revolution gegenüber korrekt bis zur Schwärze gezeigt. Sie können nur wiederkommen, wenn — was ich nicht wünsche — die Republik abgemildert wird.

Abg. Braun (Soz.): Die Monarchie von heute wäre nur ein kurzes Intermezzo.

Abg. Weber (L. S.): Die wirklichen Demokraten der Welt werden aus der Bestimmung entnehmen, wie weit der Republikanismus in Deutschland verankert ist.

Abg. Arnstadt (Dem.): Die Anträge der beiden sozialistischen Parteien sind weiter nichts als Anglistik. Wir Demokraten sind überzeugt, daß das deutsche Volk bei der Präsidentenwahl keine Dummheit begehen wird.

Reichskommissar Dr. Frey: Ein bestimmter Termin braucht nicht in dieser Leberungsbestimmung zu stehen. Dazu ist nötig, die Zeit festzusetzen, die die Nationalversammlung für notwendige Arbeiten noch braucht. Über alle Berechnungen sind seit Monaten wieder entäußert worden. Die Verhandlungen sind beim besten Willen nicht zu übersehen. Daß die Nationalversammlung und die Partei ohne Ausnahme ihr Mandat nicht verweigern will, ist selbstverständlich. Sobald es möglich ist, das Ende abzusehen, wird die Wahl festgesetzt werden.

Nach weiterer Aussprache wird der Artikel angenommen, ebenso der Schlußartikel. Angenommen werden Entschickungen, die die Einsetzung einer Reichsvermittlungsgesellschaft fordern. Ferner soll gestiftet werden, ob die kleinen Staaten unter einer Willen Einwohner befristet werden können. Schließlich wird noch die Aufhebung der Militärpflicht verhandelt.

Damit ist die zweite Sitzung der Verfassungskonferenz beendet. Der Präsident dankt dem Hause für die mühevollen Arbeit.

Mittwoch 10 Uhr: Politische Aussprache. Schluß 7.30 Uhr.

## Deutsch-demokratische Parteitag.

Berlin, 21. Juli 1919. Am Samstagmittag begann im großen Festsaal der Willbarstraße der Erste Parteitag der Deutschen-Demokratischen Partei, der bis zum 22. Juli dauern wird. Zum Ersten Vorsitzenden des Parteitag wurde der Abg. Koch-Röffel gewählt. Der Abg. Ruppel erstattete den Bericht der Parteileitung. Danach hat die Partei zur Zeit eine 900 000 organisierte Mitglieder. Der Abg. Reeser berichtete über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung. Die Friedensfrage sei für die Fraktion eine Programmgrunde gewesen. Es sei falsch, wenn behauptet würde, daß andere Gründe als die der äußeren Politik die Demokraten zum Austritt aus der Regierung bestimmt hätten. Die Partei sei stets bereit, mit der Regierung zu arbeiten, um ein freies Deutschland zu schaffen. Jetzt wolle die Partei nur mahnend neben der Sozialdemokratie einbermarkieren. Aber auch jetzt werde die Partei die Wirtschaftssozialisten in jeder wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Angelegenheit selbstlos unterstützen. Gegen die Unabhängigen u. Kommunisten könne die Partei nie ein Wort gesagt werden. Das Ideal der Partei bestehe in dem Ideal sozialer Gerechtigkeit, dem der Reichse genau so dienen könne wie der Arbeiter.

Die Sonntagsvormittags-Sitzung wurde eröffnet mit dem Referat des Grafen Bernstorff über die auswärtige Politik. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Eine Weltpolitik, wie wir sie vor dem Kriege getrieben haben, ist jetzt unmöglich. Wir müssen die Revision des Friedensvertrages verlangen. Wir wollen die auswärtige Politik neu aufbauen. Der Weg führt in den Widerstand und durch ihn zur Revision des Friedens. Ferner muß unsere auswärtige Politik zu gezeiten sein, daß wir mit Aussicht auf Erfolg die Frist der Besetzung der internationalen Gebiete verzögern können. Es muß dann Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sein, den Eintritt in den Widerstand zu betreiben.

Dann sprach Geheimrat Prof. Gerlach-Bona. Wir dürfen uns an das Zentrum und an die Sozialdemokraten unter keinen Umständen anbinden. Wir müssen unsere eigene Politik treiben. Unser politischer Gegner heißt rechts. Selbstverständlich müssen auch die Unabhängigen bekämpft werden. Wir müssen nationaldemokratisch und sozial sein.

Abg. Arnstadt (Deutsch-natl.): Der Einheitsstaat mit einer starken Selbstverwaltung der einzelnen Landestteile. Bundesrat Dr. E. H. Berlin meint, die große Hauptfrage der Zukunft sei eine gerechte Steuerpolitik. Die Vermögensabgabe sei eine absolute Notwendigkeit, aber die Steuerordnungen dürfen nicht die Wirtschaft lähmen.

Abg. Frhr. v. Rittgen hat den Frieden unterzeichnet in dem Optimismus, daß unser Volk trotzdem vorwärts kommen werde. Wenn wir den Frieden nicht unterzeichnet hätten, würden wir keine auswärtige Politik mehr gehabt haben, weil das Deutsche Reich nicht mehr existiert hätte. Gegenüber der aktiven englischen Politik dürfen wir die Hände nicht in das Schloß legen. Wir müssen auch aktive Politik treiben. (Stürmische Zurufe: Wie — Wie!) Wir müssen mindestens verhindern, daß die Unterredungen noch größer werden. Die Frage, ob wir in den Widerstand hinein müssen, ist noch nicht abgeschlossen. Wenn wir wieder ein Faktor in der Weltpolitik werden wollen, müssen wir die innere Freiheit konsolidieren und Ordnung schaffen. Wir haben nicht die Aufgabe, der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten, sondern müssen sie in ihrem schwereren Kampfe unterstützen.

In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen können wir uns unbedingt mit Sozialdemokratie und Zentrum zusammenschließen. Das Schulprogramm wäre nicht zustandekommen, wenn wir in der Regierung gewesen wären. (Sturm. anhalt. Beif.)

Abg. Braun (Soz.) spricht zunächst seinen Zweifel aus, ob man seiner Rede, nach dem Befall, dem nach Rittgen gepost habe, ebenso starken Beifall spenden werde. Wenn er darauf spekulative wolle, würde er eine genau solche Rede halten, wie jener. Aber wir inmerlich die schwersten seelischen Kämpfe durchgemacht haben, können über diese Fragen nicht so leicht hinweggehen, und über sie überhaupt nicht hin- und hergehen. (Stürmischer Beifall und großer Lärm. — Rufe: Unmöglich! Einmal Rügen!) Es handelt sich nicht darum, was in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung das bequemste ist. (Sehr wahr!) Die Unterzeichnung hat nicht auf die besseren Verhältnisse hingewirkt und zeigen, daß Deutschland vor dem Szenen und Breiten getreten ist. Über einige Monate später werden die Unterredungen brennend werden, wenn die Auslieferungsbearbeitungen in Frage kommen. Die Arbeiter und Unternehmer werden jahrzehntelang in den Friedensstrat nachhakt, das ihr Lebensnerv ist und fragen, wer das unterzeichnet hat. (Zurufe: Erzberger: Wäre es anders gekommen?) Wenn wir unterschrieben hätten, dann wäre die Vertreibung des deutschen Nationalgeistes in die Hände der Rechten gelitten. (Allo aus Angst!) Wenn wir die Unterredung nicht übernehmen, müßten wir als Partei ausgehen. Eine Partei, die um jeden Preis und zu jeder Zeit in der Regierung bleiben will, wird furchtungslos. Das ganze Spiel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Richtung des Schulkompromisses ist ältlich. Auch in der Regierung hätten wir nichts ändern können. Manche Leute haben vor Erzberger gewarnt. In diesem Punkte hat eine starke politische Partei. Es ist der schwierigste Kampf in dieser Regierung. Es behaupten wenigstens die Leute, die gegen Erzberger etwas schaffen. Aber es ist möglich, daß Erzberger fraglich, ob das dem demokratische Politik sein würde.

Abg. Rittgen: Mit dem Abg. Braunmann werde ich mich an anderer Stelle auseinandersetzen. Es ist mir auch nicht möglich, ihm in demselben Ton zu antworten, den er gegen mich angeschlagen hat. Ich wehre mich dagegen, daß man mir vorgeordnet hat, ich habe gegen meine Überzeugung geiproten. Bisherlich habe ich mit so starker Überzeugung geiproten. Ich hoffe,

daß man auch in Zukunft Verständnis für Freiheitsinn und Toleranz in der Partei haben wird und daß man sie auch solchen Männern gegenüber überwind, die scharf ausgeprägte Persönlichkeiten sind.

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Götter. Das Unannehmbar des 12. Mai war ein schwerer politischer Fehler, wenn man nicht die Ansicht hatte, zu büßen. Schon am nächsten Tage legten die Umtriebe ein, die die Einigkeit zertrüben. (Zurufe: Erzberger!) Die Unabhängigen haben mit ihrer Generalfreidrombung dem Volk schweren Schaden zugefügt. Auch ein Teil der deutschen Zeitungen, wie die Volk-Zig, hat uns das Rückgrat gebrochen. Scheidemanns Politik sei durch Erzberger sabotiert worden. Handelsminister Fischeck sprach sich für einen großen einheitlichen Staat aus. Professor Dobles-Breslau: Wir sind in Gefahr, irre zu werden an der demokratischen Partei. (Zustimmung und Widerpruch.) Die Partei habe das Räteisystem und die Planwirtschaft abgelehnt. Was wolle sie nun an deren Stelle setzen? Professor Döst beantragt schließlich, zwei Kommissionen einzusetzen, die sich mit diesen Fragen befassen sollen.

Weiterhin ergab sich nun eine ziemlich lange und erregte Beschlusordnungsdebatte, in der sich die Vertreter der demokratischen Jugend hitzig darüber befaßten, daß sie nicht zu Wort kommen. Nach weiterer Aussprache Erzberger wurde gegen 9 Uhr abends der Parteitag auf Montag vertagt.

## Oesterreich-Ungarn.

Weiteres zum Friedensvertrage.

WTB. Wien, 22. Juli. Die militärischen Bestimmungen in dem überreichten Vertrage verpflichten Oesterreich zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Bildung eines Berufsheeres auf Grund freiwilliger Verpflichtung von dem Höchstalter von 30 000 Mann einschließlich der Offiziere und der Deposits. Innerhalb dieses Höchstalters wird eine gewisse Freiheit in der Organisation gegeben, indem nicht die Zahl und Art der höheren Einheiten, sondern nur deren Zusammenfassung vorgeschrieben werden. Die Höchstzahl der Offiziere wird mit 1500 und die der Unteroffiziere mit 2000 festgelegt. Die Dienstzeit soll mindestens 20 Jahre für Offiziere und 12 Jahre für Unteroffiziere betragen. Die Erhebung der deutsch-oesterreichischen Streitkräfte soll binnen drei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages durchgeführt sein. Innerhalb dieser Frist soll auch alle überflüssige Kriegsmaterial abgeliefert und die Fabrikation auf eine staatliche Fabrik beschränkt sein. Im einzelnen entfallen die militärischen Bestimmungen ähnliche Einschränkungen wie der Deutschland auferlegte Vertrag.

## Deutsch-oesterreichische Arbeiter für den Wiederaufbau.

WTB. Wien, 23. Juli. (Dr. St.) Die politische Korrespondenz führt aus St. Germain, daß der dem Reich Deutsches beim Staatsrat Kerner befragten sei, die in Deutsch-Oesterreich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutsch-oesterreichischer Arbeiter zu den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nur freiwillig, wobei die deutsch-oesterreichische Regierung durch Arbeitsvermittlung die Interessen der Arbeitenden wirksam vertreten würde.

## Frankreich.

Frankösischer Wahnsinn.

WTB. Versailles, 19. Juli. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer berichtete Dubois über die Wiedergutmachung an Deutschland. Er berechnet die Schäden an Frankreich, die Deutschland bezuhlen müsse, auf 200 Milliarden, die sich zusammenschließen aus 119 Milliarden für materielle Schäden, in denen 23 Milliarden für entgangene Gewinne durch Stilllegung der Industrie einbeziffert sind. Die Summe der kapitalistischsten Militärpersonen beziffert er auf 43 Milliarden 51 Millionen. Für Entschickungen minderjähriger Kinder berechnete er 6 Milliarden 920 Millionen. Für Entschickungen an Hinterbliebene 2 Milliarden 519 Millionen, für Entschickungen an Witwen und verwundete rechnet er 6 Milliarden, für militärische Unterführungen nach dem Gezeug vom 5. August 1914 13 Milliarden 275 Millionen und schließlich für Zusammenbau von

Kriegsgefangene 133 b70 000 Frank. Dabei seien die Kriegslosten nicht eingerechnet, die Belgien allein mit 5 Milliarden 236 Millionen zuzurechnen wülden.

Beratungen über deutsche Kohlenlieferungen an die Alliierten.

WTB. Versailles, 21. Juli. (Drabst.) Heute fand die erste Besprechung zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und denen der deutschen Regierung über die von Deutschland zu leistenden Kohlenlieferungen statt.

Deutsche Kriegsgefangene verunglückt.

WTB. Cambrai, 22. Juli. (Drabst.) Eine anfliegende Mine hat 12 Personen, darunter 6 deutsche Kriegsgefangene, getötet und 2 Verwundete verletzt.

Von der Friedenskonferenz.

WTB. Versailles, 22. Juli. Nach dem Temps hat jetzt Italien dem Standpunkt Frankreichs und Englands zugestimmt. Bulgarien vom Vertrag über die Abgrenzung der nördlichen Grenze Griechenlands zugunsten. Denselben habe heute an Präsident Wilson telegraphiert, um auch ihn zu veranlassen, seinen Widerstand gegen die Lösung der Frage aufzugeben.

nung um die Wälder und Herrscher vor den Gefahren, an denen das deutsche Kaiserreich zerbrechen würde. (Beifall.) Der Antrag votiert wurde abgelehnt und die Friedensvorlage in 2. Lesung einstimmig angenommen.

WTB. London, 22. Juli. (Unterhaus.) Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegen die Haltung der Regierung in der irischen Frage namentliche Abstimmung verlangten, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen.

WTB. Rotterdam, 22. Juli. (Drabst.) Wie die Parlemenatkorrespondenz der Daily News schreibt, war die gestrige Beratung im englischen Parlament sehr zahlreich.

Der Streik im Kohlenbergbau.

WTB. London, 22. Juli. (Drabst.) Rentier. Bonar Law erklärte im Unterhaus, der Streik der Kohlenbergleute habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire, Monmouthshire ausgedehnt, wo insgesamt 88 000 Kohlenbergleute anständig seien.

Zurücknahme der britischen Truppen aus Nordrußland.

WTB. London, 22. Juli. (Drabst.) Churchill folgte im Unterhaus mit, daß alle britischen Truppen mit Ausnahme der Freimilizen und der Militärmissionen aus Nordrußland zurückgezogen werden sollen, bevor das Weiße Meer zu gefroren ist.

Amerika.

Gegen Wilsons Militarismus.

Kopenhagen, 21. Juli. Im letzten Heft der dänischen Zeitschrift "Frikærene" zieht der berühmte Literaturhistoriker Georg Brandes gegen den neuen Wilsonschen Militarismus zu Felde. Er sagt u. a.: Als die Fackel des Militarismus der Hand des zerrissenen Preussens entglitt, griff Nordamerika danach aus Angst, daß sie ausgehen würde, und entzündete damit ein Feuer, das über die ganze Erde sichtbar ist.

Verchiedene Nachrichten.

Preissturz im befestigten Gebiet.

TU. Mannheim, 21. Juli. Im befestigten Gebiet ist infolge der stark vermehrten Zufuhren der Preis für alle Lebensmittel bis um 250 Prozent gefallen. In Saarbrücken kostet die Butter jetzt nur noch 3,50 Mk. das Pfund.

Die preussischen Bischöfe gegen die Auslieferung des Kaisers.

WTB. Berlin, 23. Juli. (Drabst.) Für die bevorstehende Konferenz der preussischen Bischöfe in Fulda wurde dem Kaiser ein Antrag eingebracht, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Entente eingeschoben zu protestieren.

Kleine Nachrichten.

Lenin hat Rumänien den Frieden angeboten. Besarabien soll darnach an Rumänien fallen. Im Anbetracht dieses Vorschlags wurde ein achtstägiger Waffenstillstand abgeschlossen.

Die belgische Arbeiterschaft erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Heranziehung belgischer Arbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

In Wiesbaden rechnet man mit einem neuen Putsch für die rheinische Republik. Der telegraphische Verkehr nach Frankfurt ist gesperrt. Reichspräsident Ebert wird Ende der Woche nach der politischen Aussprache mit einem großen Teil der Regierung von Weimar nach Berlin zurückkehren.

Bela Kuhn erklärte, daß nach seiner Meinung die Entente zu einer bewaffneten Intervention in Ungarn nicht in der Lage seien. (St.) I. a. z. i. z. vom Verbandsrat Polen zu gestanden haben.

Der Abg. Friedrich Naumann wurde zum ersten Vorgesetzten der deutsch-demokratischen Partei gewählt.

Deutsches Reich.

Graf Bernstorff über den U-Boottkrieg.

In der Wochenchrift: „Das demokratische Deutschland“ äußert sich der Botschafter Graf Bernstorff über die Rolle, die der U-Boottkrieg im deutschen Tragödie gespielt hat und bekräftigt anschaulich, wie in dieser für den schließlichen Ausgang des Krieges entscheidenden Frage der Einfluß von Militär und Marine über die politische Leitung liegt hat.

Zwei Stellen wohnen während des ganzen Krieges in der deutschen Politik: die eine war militärisch-seemännlich, die andere gilt politisch gerichtet. Alle Kaiserungen unserer Regierung, die während der Zeit der amerikanischen Neutralität nach Washington gelangten, wurden entweder von der einen Richtung dither oder waren das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden. Man kann also mit Recht von einer Doppelgängerrolle der deutschen Politik als von einer Doppelgängerrolle sprechen.

Die U-Boottkrieg führen, wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch zum Bruch mit uns getrieben wurden, die andere wollte auf Präsident Wilsons Politik eingehen und zu jungfriede gelangen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen begann mit dem „Lusitania“-Zwischenfall und endigte durch eine Erklärung des uneingeschränkten U-Boottkrieges mit einer Niederlage der Jullisten.

Amerikanische Schiffe nach Deutschland. Haag, 21. Juli. Holland Nicoms Bureau meldet aus Washington: Der amerikanische Schiffsverkehr hat gestern die Anzahl von 10 Schiffsdarstellungen von insgesamt 88 000 Tonnen für den Handel nach Deutschland freigegeben.

Keine neue Provinz Westpreußen. Die Meldung von der Schaffung einer neuen Provinz Westpreußen unter Zusammenfassung der nicht abgetretenen Teile des bisherigen Westpreußens und Posen, wird an zuständige Stelle als irrtümlich bezeichnet.

Wollwaren im Handel freigegeben. Berlin, 21. Juli. Soweit noch die Befehlsgänge und Befehlsbefehle des Erwerbs und der Verarbeitung von Wolle, Wolllagen und Wollwaren vorliegen, werden diese nunmehr nach einem im Reichswirtschaftsrat gefassten Beschlusse vollständig aufgehoben.

Beseitigung der verbundenen Eisen. Weimar, 21. Juli. Das Kabinett beschließt demnach, an die Reform des Verhältnismäßigkeitsrechts heranzutreten. Die verbundenen Eisen sollen aufgehoben werden.

Die Wirtungen der Hodadenhebung. WTB. Berlin, 21. Juli. Ueber die voranschreitende Wirkung der Aushebung der Blockade wird an zuständige Stelle bemerkt, daß uns aus dem neutralen und bisher feindseligem Ausland große Mengen Lebensmittel angeboten werden, wodurch freilich noch zu hohen Preisen. Die bevorstehende Aufhebung der Weisenordnung wird den Handel erleichtern, aber nur teilweise, denn dem gewaltigen Bedarf Deutschlands entsprechen die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht. (A. B.)

Gewerkschaftsbund der Februerleute. Wir bringen nachstehend eine Zuschrift, die eine sehr aktuelle Frage berührt und damit zur Erörterung stellt: Landbund und Organisierung der Februerleute in Gewerkschaften. Hier eine ruhige und sachliche Diskussion dieser Entschließung und ihrer weiteren Folgen unter Klärung der

langfristiger Kredit kann uns die Zahlungsmittel für unsere dringenden Bedürfnisse schaffen. Die Regierung ist eifrig bemüht, unsere Auslandskredite zu heben. Langfristige Kredite würden die Wälder festlegen und eine Senkung der Preise herbeiführen. Die Kreditgeber werden aber nur Vertrauen zu uns gewinnen, wenn bei uns gearbeitet wird. Die Aushebung der Blockade wird eine sofortige Umwälzung unserer Ernährungsverhältnisse nicht bringen können; doch wird mit einer spärlichen Besserung zu rechnen sein.

Hänisch gegen das Schulkompromiß. WTB. Berlin, 22. Juli. Auf eine Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion der Stadt Dortmund gegen das Schulkompromiß hat, wie das Verl. T. mitteilt, Kultusminister Hänisch eine Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: Wie Ihnen bekannt ist, habe ich in voller Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung und auf deren ausdrücklichen Beschluß das Schulkompromiß bekräftigt. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß es mir im Verein mit einer Reihe der von den gleichen Bedenken erfüllten Kultusminister anderer deutscher Gliedstaaten doch noch gelingen wird, bis zur dritten Lesung eine Befreiung dieses Schulkompromisses herbeizuführen.

Die Heimförderung der Gefangenen. WTB. Versailles, 22. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern Ministpräsident Clemenceau erneut um baldige Mitteilung bzw. Zusammenlegung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Clemenceau bereits am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einlegen, sobald der Friede unterzeichnet sei.

Oldenburg.

Zu den Abtrennungsbestrebungen Birkenfeld.

Birkenfeld, 18. Juli. In einer hier stattgefundenen Tagung des Landesausschusses der Provinz Birkenfeld wurde, wie kurz gemeldet, die Frage der Ausübung der Republik Birkenfeld und die Lösung der Provinzfrage von Oldenburg eingehend behandelt. Inger dem Landesausschuß nahm an den Beratungen teil die französische Militärverwaltung der Provinz, vertreten durch Major Wolfstani und Kapitän Malakoff, die Regierung durch Regierungsrath Hartung und zwei Regierungsräte, sowie die neun Mitglieder der neuen Regierung. Der Landesvorsitzende Callmann leitete die Tagung. Die alte Regierung ließ erkennen, daß sie die neue Regierung nicht anerkennen, da sie nicht von dem Volkswillen der Provinz getragen sei. Eine Kostrennung von Oldenburg sei auf dem gesetzlichen Wege möglich; der Rechtsbruch der Kostrennung sei sofort zu verurteilen. Der Vorschlag der neuen Regierung versucht nachzuweisen, daß die ländliche Bevölkerung der oberen Provinz für die sofortige Kostrennung von Oldenburg auf angeleglichem Wege sei. Die Landesauschussmitglieder ohne Ausnahme, auch die Vertreter der ländlichen Bezirke, sind für eine Kostrennung, aber nur auf legalen Wege. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde mit Vermittlung der französischen Militärbehörde eine Commission eingerichtet, die sich sofort eine telegraphische Anfrage an das Oldenburgische Direktorium angedeutet, ob dasselbe bereit ist, befür. über die sofortige Kostrennung in Verhandlung zu treten. Falls diese Anfrage bejaht wird, soll sich eine Kommission, bestehend aus dem Landtagsabgeordneten Böhr und dem Landesauschussmitgliedern Becker, Faber und Groß, zwecks Verhandlungen nach Oldenburg begeben. Bis zum Eintreffen einer Antwort von Oldenburg hat die neue Regierung noch Krisenberechtigung, jedoch werden die Amtsgehalte von der alten Regierung geführt. Wenn ein solches Oldenburgs Direktorium die Anfrage, so wird der Landesauschuss sehr wahrheitsgemäß die Kostrennung auf ungesetzlichem Wege vornehmen. Gegen Schluß der Tagung wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: Die Frage der Kostrennung von Oldenburg wird an eine gemäß § 55 der Gemeindeordnung zu bildende Kommission verwiesen. Diese Kommission wird beauftragt, in Oldenburg dahin zu wirken, daß die Kostrennung nach Möglichkeit beschleunigt wird, 2. dahin zu wirken, daß das freie Verfügungsrecht Birkenfelds über sein Staatsgut anerkannt wird; 3. dem Landesauschuss nach Rückkehr unverzüglich zu berichten. (K. B.)

Gewerkschaftsbund der Februerleute. Wir bringen nachstehend eine Zuschrift, die eine sehr aktuelle Frage berührt und damit zur Erörterung stellt: Landbund und Organisierung der Februerleute in Gewerkschaften. Hier eine ruhige und sachliche Diskussion dieser Entschließung und ihrer weiteren Folgen unter Klärung der



Visbek. Geflügel- und Kaninchen-Abnahme in Visbek am Freitag, dem 25. Juli, von 11-3 Uhr bei Witwe Walter Meyer. Bezta. Franz Suerbief.

Süd-Oldenburger Landbund. Veranlassung des Amtsbundauschusses und Amtsbundvorstandes Bezta am Montag, 28. Juli, nachm. 3 Uhr in Schäfers Hotel zu Bezta (am Sonntag besteht keine Verbindung). Tagesordnung: 1. Regelung der Kassenverhältnisse zwischen dem Amtsbund und den Gemeindebänden; event. Wahl eines Geschäftsführers.

Der Vorsitzende des Amtsbundvorstandes. Billige Gummireifen gibt es noch lange nicht, dafür aber eine ideale Stadbereifung, patentmäßig geschützt. Zu mehrjähriger Praxis tausendfach bewährt. Leichter, gekünstelter Gummigang, wie auch Vollgummis. Keine Reparaturen. Geringste Abnutzung. Bei jeder Witterung gebrauchsfähig, keine rostenden Eisen- oder faulenden Holzteile, wie bei anderen Erprobungen. Auf jedes Rad passend. Gegen Regen und Nässe ohne jeden Einfluß. Prospekt gratis durch: Vertreter: F. Menke, Cloppenburg i. D.

Turnverein Dinklage. Das diesjährige Turn- u. Radelportfest verbunden mit großem Schau- und Wettturnen unter Mitwirkung der Vereine Badbergen, Cloppenburg, Lohne, Quadenbrück u. Bezta findet am Sonntag, dem 27. Juli 1919 auf dem schon gelegen Sporplatz in der Nähe des Dorfes statt. Festzug 1/2 Uhr nachmittags. Festfolge: Wettspiele in Faust-, Schlag-, u. Schenkerball, Dreikämpfe in Frei-, Handgeräts- und Pierduinen. Mannschaftswettkämpfe in Dreisprung und Eilbotenlauf. Einzelwettkämpfe in Stiegelstoßen und Hüdenlaufen.

Großes Schauturnen der teilnehmenden Vereine an sämtlichen Geräten als: Red, Barren, Pferd, Sprungtisch, Boot und Stabhoopringen. Während des Schau- und Wettturnens Konzert unter der Leitung des Konzertmeisters Karl Schnieder. Am Montag, dem 28. Juli, abends 8 Uhr beginnend zu Ehren der Sieger grosser Festball im Vereinslokal (Breebeck). Zu zahlreichen Besuche ladet freundlichst ein Der Vorstand. N.B. Für gute Getränke und Bedienung ist bestens gesorgt.

Zahn-Praxis O. von Schieckh, Oldenburg. Friedensplatz 3. Hinter Café Klinge. Telefon 1703. Für auswärtige Patienten Sprechstunden zu jeder Zeit.

Matratze, gut erhalten, wegen Platzmangel billig abgegeben. Näheres in d. Geschäftsstelle dieses Blattes. Prima gemahlene Muscheln sind stets am Lager. D. Schröder, Bezta u. Schneiderzweig Der Kriegerheimstättenverein, Ortsgr. Bezta, sucht billige Kapitalien für Kriegerheimstätten 4000-5000 Mk. u. 8000 Mk. gegen Hypothekarkauf. Die Beschlüsse sind nicht vorhanden. Meldung beim Vorsitzenden G. Thole, Kaplan. Verreist 6. 20. August Frauenarzt Dr. Dammemann, Bremen. Ein Mädchen für Landarbeit sofort gesucht. Randes arbeits nachweis Geschäftsstelle Bezta. Suche für meine 16jährige Tochter eine Stelle wo sie die Damenheideerei gründlich erlernen kann, selbige ist im Nähen schon etwas bewandert. Wilhelm Thiemann, Adrup, Post Ofen i. D. Suche für ein 16jähriges Mädchen eine Stellung zur Erlernung des häuslichen Haushaltes bewähr. Herrschaft. [420] Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Bezta. Kl. Knecht im Alter von 15-16 Jahren, für einen landwirtschaftlichen Betrieb. Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Lohne. Für Möbelscherei B. Klöckeren Bezta tüchtige Tischlergelellen auf bessere Möbelarbeit gesucht, hohen Lohn. [423] Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Bezta. Suche auf sofort 2 Maurergesellen gegen hohen Lohn und dauernde Arbeit. Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Lohne. Welche gute Familie nimmt ein 17jähr., etwas schwächliches, aber sonst gesundes Mädchen in leichte Stellung, höchst am lieblich. [427] Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Bezta. Landwirt, 31 Jahre alt, kath., sucht sofort oder später Stellung als Bawarfer [428] im Oldenburg-Münsterl., auf einem Gute von 200-300 Morgen am Hebb. m. h. Preispaß fehl. Geld, kann sehr bisornieren u. ist mit allen Zweig. der Landwirtschaft vertraut. Gute Zeugn. u. Empfehlung. E. S. Dienstl. Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Bezta. i. D. Suche für einen Jungmann, kath., 18 Jahre, Primaner. [425] Stelle als landw. Knecht bei mäßigen Lohn, und Familienanschluss. Randesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Bezta.

Eisenwerk Varel Gegr. 1843 Varel G. m. b. H. Telogr. Eisenwerk Vareloldenburg Fernrufe: Nr. 20, 28 u. 42. Liefert Eisen-Stahl- u. Metallguß, roh u. bearbeitet. -Konstruktionen-Maschinen für Molkereien, Ziegeleien Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen Feld u. Normalbahnen. Nieten usw. Reparaturen jeder Art. Zweigbüro: Bremen, Oberstr. 243 Fernruf Rohrd 8716 Ingenieurbesuch u. Kistenanschläge sofort u. kostenlos.

Fahrräder mit Gummi-Decken u. Schläuchen sofort lieferbar. Hinners & Tabke, Lohne.

Cementfalzziegel Wandplatten sofort lieferbar. Carl Schöngell, Bremen, Bahnhofstraße 361, Telefon: Holand 8888. Lederöl (garant. teerfrei) Kreuzleinen (reiner Hanf), Bogenpeitschen, Stahlpeitschen, Schaufornister (echt Häub-leber), Schaufascher, Reisekoffer, Coupe-Koffer (echt Vulkanleder), Kabinenkoffer, (zum Sädstopfen), (Baumwolle), empfiehlt zu billigen Preisen. Aug. Sehardt, Bezta, Telefon 220.

Zigarren u. Zigaretten nur echte Ware, sehr billig. Jedes Quantum sofort lieferbar. Mustersendung gegen Einzahlung von 30 Mk. Verpackungsfrei, nicht gegen Nachnahme. Nachnahmebestellungen werden nicht beantwortet. R. Müller & Cie., Rimbasch (Rheinpfalz). Warnung. Ich warne jeden vor Ankauf irgend welcher Sachen ohne meine Einwilligung, d. von minderjährigen Kindern der Alt. Hof. Meyer, Barden b. Bezta, werde gegen diesbezügliche Verschöpfung strengstens vorgehen. Der Generalbevollmächtig. S. Behr.

Versammlung der vereinigten Malermeister des Amtes Bezta am Samstag, dem 28. Juli, nachm. 6 Uhr im Hotel zur Post zu Lohne. Wohlwählendes Erscheinen dringend notwendig. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der provisi. Vorstand.

Achtung! Feuerleute, Landarbeiter u. ländliche Dienstboten. Sonntag, den 27. Juli: öffentl. Versammlung zu Vechta im Hotel Schäfer gleich nach dem Hochamte. Tagesordnung: 1. Vortrag durch Gewerkschaftssekretär Duid, anschließend freie Aussprache. 2. Gründung einer Ortsgruppe. 3. Geschlossene Versammlung. Feuerleute, Landarbeiter und Dienstboten vom Lande erscheinen alle ohne Ausnahme, denn es handelt sich um wichtige Landesfragen. Der Bezirksvorstand des Gewerkschaftsbundes der Feuerleute, Landarbeiter und ländl. Dienstboten im Gesamtverband der christl. nat. Gewerkschaften.

Kunstgewerbliche Beratungsstelle für Oldenburg. Eröffnung am 2. August, vorm. 10 Uhr, i. d. Handwerkskammer zu Oldenburg. Unterricht in allen Gebieten des Kunsthandwerks u. d. Vorkunst. Wichtig für Landbauarbeiter, Lechniker, Tischler, Schlosser, Maler, Bildhauer, Buchdrucker, Buchbinder, Gold- und Silbergeschmiede, Gärtner, Drechsler, Tapezierer, Schneider, Schneiderrinnen, Puhmaderinnen, usw. Die Teilnahmegebühr für den Kursus beträgt 30 Mk. Anmeldungen sind sofort an die Handwerkskammer zu richten. Handwerkskammer Oldenburg.

Der Schlussball für den Sonderlusus in Damme findet statt am Donnerstag, dem 31. Juli. Letzte Uebung Samstag, 8 1/2 Uhr, wo die Einladungskarten für den Schlussball verteilt werden. Gebr. Wienholt, Langlehinstitt.

Zahnleidende!! Zähne werden schmerzlos unter langjähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. Fast schmerzlos Zahnziehen mittels lokal. Anästhesie, Nervenlösen, Zahnreinigen etc. Plattenloser Zahnersatz. Schöneste Behandlung. Aug. Loewenstein, Zahnpraxis, Lohne i. O. Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr nachm. im Hause des Hotels Bitter, Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern morgen unseren lieben Sohn und Bruder, den Kongregantisten August Jortmann zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Der Verlust ist um so schmerzlicher, da ihm seine beiden Brüder im Heidentode vorangegangen sind. Am stillen Teilnahme und ein frommes Gebet für die Seele des teuren Verstorbeneu bitten. Die trauernden Eltern und Geschwister. Däpe bei Steinfeld, den 23. Juli 1919. Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 25. Juli, morgens 9 1/2 Uhr in Steinfeld.

Statt besonderer Anzeige. Todes-Anzeige. Gott dem allmächtigen Herrn hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, meine liebe Frau, meiner Kinder treuherzige, bergensgute Mutter, unsere gute Tochter, Schwefter, Schwägerin und Tante Frau Dr. W. Lanwer zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb fromm und ergeben in Gottes H. Willen, wiederholt gestarkt und getröstet durch den Empfang der hl. Sakramente, am 17. Juli 1919 im 47. Lebensjahre. Tiefbetrauert von den Hinterbliebenen: Dr. W. Lanwer und Kinder, Hamburg, Pfandstr. 10. Familie Dr. F. Speckh u. Noten, Weig (Schweig). Familie G. Lanwer, Ramsloh i. D. Die Beerdigung findet in der Heimat statt. — Das feierliche Requiem in Hamburg in der Marienkirche am Dienstag, 23. Juli.

Zahn-Praxis O. von Schieckh, Oldenburg. Friedensplatz 3. Hinter Café Klinge. Telefon 1703. Für auswärtige Patienten Sprechstunden zu jeder Zeit.

Landesbibliothek Oldenburg



